

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

16 (16.4.1946)

und andere... 13. April... schritte und... veröffentl... Durloch.

Fürth, PC... Schwabau... BC... ickers... art - B... VR Piers...

Bulach -... Röppart... gweiser...

ungen fort... Mörsch... - KTSV... Hühburg... Blanken... - Spök...

on Verlag... koch-kom... politisch... hells (Re... schichte... und koln... feen und... schiedlich... Romane... N... netzt: Kba... 650.

nt- und... jeholts u... ach... hlinen re... ut. Er... chkanke... 2... n... v. Kl... Hecken... 12... 13... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30...

ab. K... Karle... u. HK... offisch... icht Mat... ert N... uler u... a. n... u... K... Korb... f... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30...

ab. K... Karle... u. HK... offisch... icht Mat... ert N... uler u... a. n... u... K... Korb... f... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30...

ab. K... Karle... u. HK... offisch... icht Mat... ert N... uler u... a. n... u... K... Korb... f... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30...

ab. K... Karle... u. HK... offisch... icht Mat... ert N... uler u... a. n... u... K... Korb... f... 14... 15... 16... 17... 18... 19... 20... 21... 22... 23... 24... 25... 26... 27... 28... 29... 30...



BADISCHE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b-5, Tel. 4051/53. Einzelverkaufspreis 20 Pf. Monatl. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,50 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 100sp. Nonp-Zeile RM 2,- in Bestkausal. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 16. April 1946

Nummer 16

Deutsche Wirtschaftsanpassung europäisches Erfordernis

Hochbedeutende Erklärung General McNarney's - Die Ernährungslage in der USA-Zone - Nahrungsmittelhilfe des Auslandes

Berlin, 15. April. (DANA) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland teilte am 13. d. Mts. in einer Erklärung zur Ernährungslage in der amerikanischen Besatzungszone mit, daß die Aufrechterhaltung der Rationen von 1275 Kalorien am Tag zum 30. September die Einführung von insgesamt 315.000 Tonnen Mehl oder entsprechender Mengen anderer Lebensmittel erfordere. Diese Erklärung faßt die Berichte zusammen, die General McNarney, General Clay und die Lebensmittelschlichter der amerikanischen Militärregierung dem Sonderbeauftragten Präsident Trumans zur Untersuchung der Ernährungslage in Europa, Herbert Hoover, gegeben haben. Mit Hilfe der bereits zugesagten Lieferungen aus den Vereinigten Staaten, so heißt es in der Erklärung weiter, könne man die gegenwärtigen Rationen nur bis zum 30. Juni aufrecht erhalten.

Nahrungsmittelhilfen des Auslandes
Der Ausfall der Lieferungen aus dem übrigen Deutschland und das Fehlen des Außenhandels mache gegenwärtig die Beistellung von ausländischen Nahrungsmitteln solange zur unabwendbaren Notwendigkeit, bis die deutsche Wirtschaft wieder leistungsfähig geworden sei. Die Ernte des Jahres 1945 lag in der amerikanischen Zone um ein Viertel unter dem Durchschnitt der Jahre 1939 bis 1944, was aus dem Mangel an Düngemitteln und entsprechender Bearbeitung zu erklären ist. Da sich in diesem Jahr die Felder ohne genügende Düngung und mit oft unzulänglichen Geräten bestellt werden mußten, werde, wenn das Wetter nicht ein Wunder wirke, der Ernte-Ertrag voraussichtlich noch geringer sein als im Vorjahr.

Die angeführten Tatsachen behandelte die Versorgungsstandpunkte aus, doch sollte, wie General McNarney betont, die Lage Deutschlands auch von einem allgemein menschlichen Standpunkt gesehen werden, denn nicht nur Deutschlands wirtschaftliche Gesundheit, sondern der **Wiederaufstieg ganz Europas** hänge davon ab, ob es gelänge, die nötigen Nahrungsmittel für Deutschland zu beschaffen. Es fehle in Deutschland an allen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens. Der Wirtschaftsaufbau sei nahezu zum Stillstand gekommen. Man brauche aber die deutschen Verkehrsverbindungen, um Lebensmitteltransporte und Exportgüter nach dem übrigen Europa zu versenden. Deutsche Arbeiter müßten für den Bedarf der Verkehrsverbindungen Deutschlands arbeiten. Die deutsche Kohle sei für Europa ganz wichtig für die Wirtschaft.



General McNarney. DANA-Bild

Weltwirtschaft und Weltfrieden
New York, 15. April. (DANA) In einer Rede vor der Hochschule für Politik sprach der stellvertretende Außenminister für wirtschaftliche Angelegenheiten William L. Clayton über die Wechselbeziehungen zwischen Weltwirtschaft und Weltfrieden und wies darauf hin, daß Wohlstand in der ganzen Welt die beste Garantie für einen dauernden Frieden sei. Das amerikanische Außenministerium, so erklärte Clayton, habe die Ansicht, daß eine auswärtige Wirtschaftspolitik, die allen Nationen eine gleiche Behandlung zuteil werden lasse, dem Frieden am besten diene, da sie oft wichtige Gründe internationaler Konflikte beseitige.

Frischgemüse und Fisch als Zusatznahrung
Wenn sich auch die am 1. April durchgeführte Kürzung der Lebensmittelrationen bisher noch nicht auf die Arbeitsleistung ausgewirkt habe, so führt der Bericht fort, so könne man doch nicht erwarten, daß die Stadtbevölkerung längere Zeit bei diesen niedrigen Zuteilungen voll arbeitsfähig bleibe. Allerdings würde jeder Ackerboden müßig stehen, auch erhoffe man die Einfuhr von Fisch und Fischkonserven aus den Nachbarländern. Dies werde den Eiweißbedarf etwas besser decken, die Kalorienzahl jedoch nur unwesentlich erhöhen.

Einsetzung eines Kommissars für Ernährung und Landwirtschaft
Mit der kürzlich erfolgten Einsetzung eines Kommissars für Ernährung und Landwirtschaft für die amerikanische Zone sind alle gegenwärtig möglichen Maßnahmen zur zentralen Lenkung in der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel sowohl inländischer als ausländischer Herkunft getroffen worden. Die Bestellung eines entsprechenden Kommissars für ganz Deutschland ist zur Zeit noch nicht möglich.

Deutschland kann kein reiner Agrarstaat werden
Deutschland zum Agrarstaat zu machen, fährt der Bericht fort, sei kaum möglich. Die ihm verfügbaren 21 Hektar pro Person erbrächten etwa 200 Kilogramm Getreide, was nicht ausreicht, um die Bevölkerung zu ernähren. Deutschland habe sich seit langer Zeit höchstens zu 85 Prozent selbst versorgen können, nun habe es fast ein Viertel seines anbaubaren Bodens verloren. Durch den Zustrom von Ausgewiesenen und Flüchtlingen müßten die natürlichen Bevölkerungszunahme habe sich seit 1939 die Bevölkerungszahl in der amerikanischen Zone von 13.600.000 auf 18 Millionen erhöht, was einer Zunahme der Bevölkerungsdichte um 17 Personen auf ein Quadratkilometer entspricht. In den letzten Jahren waren vier Fünftel der Bevölkerung in nichtlandwirtschaftlichen Berufen tätig. Der Bedarf an den amerikanischen Zone brauche reichlich Düngemittel und entsprechende Bearbeitung. Die amerikanische Zone Deutschlands habe schon vor dem Krieg ihre Nahrungsbedürfnisse nicht aus eigenem Boden decken können und benötigte in der Zone 1943 bis 1944 zwei Millionen Tonnen Lebensmittel. Zur vollen Ausnutzung der Erzeugungsmöglichkeiten müsse der Zwischenhandelsaustausch eingeführt werden.

Überbrückung der Ernährungsschwierigkeiten
Besprechungen zwischen Hoover und den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone
Berlin, 15. April. (DANA) Als überaus erfreulich und zufriedenstellend bezeichneten die Ministerpräsidenten und Ernährungsminister der Länder der amerikanischen Zone die Besprechung, die sie am 12. April mit dem früheren amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover über Ernährungsfragen hatten. Präsident Hoover habe nicht nur zugesichert, daß alles getan werde, um den Anschluß an die diesjährige Ernte zu ermöglichen, er habe auch die Ernteschwierigkeiten in den Vereinigten Staaten als durchaus günstig bezeichnet, so daß falls das Wetter keinen Strich durch die Rechnung mache, mit einer Entspannung der Ernährungslage im kommenden Jahr zu rechnen sei.

Zu Beginn der einstündigen Konferenz gaben die Ministerpräsidenten ihren allgemeinen Überblick über die Ernährungslage in ihren Ländern. Daran schloßen sich Referate der Landwirtschaftsminister über Ernährungsfragen an. Hoover stellte eine Reihe von Fragen, die sich insbesondere mit dem jetzigen Stand der Rationen und der Versorgung der Kleinkinder befaßten.

Die deutschen Minister waren von dem Interesse des Präsidenten für die Kinder besonders beeindruckt. „Es ist beinahe unfaßbar“, sagte Joseph Baumbastner, bayerischer Minister für Landwirtschaft und Ernährung, daß weniger als ein Jahr nach unserer vollkommenen Niederlage der frühere Präsident von Amerika zu uns herüber kommt, sich mit uns unterhält und gerade an dem Schicksal unserer Kinder solchen regen Anteil nimmt.“ Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, erklärte, daß die Einstellung auf der gleichen Linie mit der energischen und verständnisvollen Unterstützung, welche die amerikanischen Behörden den Regierungen der Länder stets zöben.

Fritz Dieckert, der großhessische Sonderbeauftragte für Ernährungsfragen beim Länderrat, sagte, daß Präsident Hoover durch seine klaren und präzisen Fragen, insbesondere über die Rationssätze in den verschiedenen Kategorien, gezeigt habe, welche tiefes Verständnis er für die Probleme besitze. Er habe sich auch die verschiedenen Anregungen der Minister eingehend notiert. Besonders sei ihm die Hoovers volle Unterstützung bei der Überbrückung der Schwierigkeiten der nächsten Monate zugesagt habe.

Nach ihrer Konferenz mit Hoover hatten die Ministerpräsidenten noch Besprechungen über allgemeine wirtschaftliche Fragen mit General Lucius D. Clay und Oberst H. B. Hooper, Leiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsbeihilfen im Wirtschaftsamt des Amtes der amerikanischen Militärregierung.

Das ganze Wirtschaftsleben könne, so unterstreicht General McNarney's Bericht, nur durch hinlängliche Lebensmittellieferungen wieder in Gang gebracht werden. Ohne Lebensmittel keine Kohle, ohne Kohle keine Verkehrs- und Industriebetriebe, ohne Kohle keine Düngemittel und ohne Düngemittel keine erhöhten Ernteerträge.

Zur Lösung der zweiten großen Aufgabe sei es notwendig, den Außenhandel zu erweitern, da der Wohlstand eines Landes in viel stärkerem Maße von dem Umfang seines Außenhandels abhängt, als man allgemein geneigt sei, zu glauben. Für manche Staaten bedeute die Teilnahme am Welthandel Reichtum, während ein Stöcken der internationalen Handelsbeziehungen zu einer Krise führe. Die Stellung der Vereinigten Staaten im Welthandel erfordere, daß es die Führung bei den Bemühungen, den Welthandel wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, übernehme. Der geeignete Partner sei Großbritannien, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten ihm in den nächsten drei oder vier Jahren bei der Umstellung auf Friedenswirtschaft beihilfen seien. Das Anleihe-Akkommen, das jetzt dem Kongreß zur Genehmigung vorgelegt sei, sollte diesem Zweck dienen. Eine weitere Vorbedingung für einen hohen Friedensstandard sei es, daß die Nationen ihre Handelspolitik von allen nationalen Interessen frei machten, so daß der Welthandel nicht mehr durch Handelsbarrieren, übermäßige Zölle und andere Einschränkungen gehemmt sei. In den Vorarbeiten zur Erweiterung des Welthandels und zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hätten die Vereinigten Staaten eine Grundlage für die Besprechungen auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz geschaffen. Die Vorschläge sollen die Völker im Handel zu einer gleichzeitigen Zusammenarbeit gelangen lassen, wie es auf dem Kongreß durch das Abkommen von Bretton Woods bereits geschehen sei.

So unverschämte log noch keiner!
Kaltenbrunner war „immer gegen Judenverfolgung“
Nürnberg, 15. April. (DANA) Kaltenbrunner behauptete die Freitagskammer, er habe sich für eine Änderung der Kirchenpolitik der NSDAP eingesetzt, um den Vatikan geneigt zu machen, den Frieden zu vermitteln. Zusammen mit der österreichischen Widerstandsbewegung habe er mit dem Begründer der verstorbenen Präsidenten Roosevelt, Mister Dales, Verbindung in der Schweiz angeknüpft.

Über den Befehl, Schacht, Canaris und andere bedeutende Häftlinge, die in Verbindung mit dem 20. Juli in das Konzentrationslager Flossenbürg gebracht wurden, zu erschießen, will Kaltenbrunner nichts gewußt haben.

Weiter erklärte Kaltenbrunner, daß er für die Einführung der Zwangsarbeit, die Behandlung der Zwangsarbeiter, die Vernichtung des Warschauer Ghettos, die Erschießung der 50 alliierten Flieger aus dem Stalag Luft III und überhaupt für die Erschießung feindlicher Flieger und Fallschirmstürmer nicht verantwortlich sei. Er behauptete außerdem, niemals Berichte von Müller, dem Chef der Gestapo, über die Konzentrationslager und die Behandlung der Zwangsarbeiter aus dem osteuropäischen Ländern erhalten oder gesehen zu haben. Auch die Verantwortung für die „Endlösung der Judenfrage“ lehnte er ab.

Nach der Beendigung des Verfahrens durch die Verhörer nahm der amerikanische Ankläger Oberst Amen den Anzeigeklausur im Kreuzverhör.

Oberst Amen leitete Kaltenbrunner die Aussage des ehemaligen Kriminaldirektors im RSHA, Kurt Lindow, vor, aus der hervorgeht, daß die Berichte der geheimen Staatspolizei dem Chef des RSHA vorgelegt wurden. Kaltenbrunner behauptete, dies entspreche nicht der Wahrheit.

Obwohl Oberst Amen Kaltenbrunner mehrere eidesstattliche Erklärungen von Zeugen, die Kaltenbrunner in Konzentrationslagern Mauthausen gesehen haben, vorlesete, behauptete Kaltenbrunner immer wieder, niemals in Mauthausen gewesen zu sein oder eine Gaskammer gesehen zu haben. Kaltenbrunner bestritt die Echtheit aller ihm vorgelegten Dokumente und ging sogar so weit, die Echtheit einer von ihm selbst gegebenen Unterschrift im Abrede zu stellen.

Aus der schriftlichen Aussage des ehemaligen Lagerkommandanten von Mauthausen, Zierck, und des SS-Standartenführers Kurt Becher, geht hervor, daß Kaltenbrunner bei einem Besuch in Mauthausen die drei möglichen Exekutionsarten: Genick-

schuß, Erhängen und Vergasen, vorgeführt worden seien. Kaltenbrunner habe Zierck unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit befohlen, daß die Mauthausen noch mindestens tausend Menschen täglich sterben müßten.“

Unter „Sonderbehandlung“, von der zwischen Müller und ihm öfter die Rede gewesen sei, habe er die Unterbringung der politischen „Ehrenhäftlinge“ in zwei großen Hotels mit dreifacher Diplomatenverpflegung gemeint, erklärte Kaltenbrunner. Die „Kugelbefehle“, durch die nach der Aussage Joseph Niedermayers zahlreiche Häftlinge an Hunger und Krankheit starben, seien ihm bekannt gewesen, gab Kaltenbrunner zu, er habe jedoch diese Befehle nicht unterschrieben.

Für die Unterschrift unter dem Brief an den Wiener Oberbürgermeister, in dem die Ankunft von vier Transporten mit ungarischen Juden mitgeteilt und besondere Anweisungen zu deren Behandlung gegeben wurden, sei eine Fotokopie benutzt worden, behauptete Kaltenbrunner. Oberst Amen legte im Verlauf der Verhandlung weitere belastende Dokumente vor. Von allen erklärte Kaltenbrunner, daß er sie nicht gesehen habe oder von ihrer Existenz nichts gewußt habe. Ein mit „Kaltenbrunner“ unterzeichnetem Befehl befiehlt sich mit der Behandlung abtransportierter Feindflieger. In dem Befehl heißt es unter anderem: „Abtransportierte oder notzulässige Feindflieger sind nach ihrer Festnahme grundlegend zu fesseln. Feindliche Flüssigkeitsbehälter, die ihrer Festnahme Widerstand entzweckenen oder irgendwelche Zivilisierungsstücke tragen, sind sofort am Ort ihrer Festnahme zu zerstören.“

Kaltenbrunner erklärte hierzu: „Niemand habe ich einen solchen Befehl weitergegeben, der meiner eigenen Rechtsauffassung widerspreche. Ich habe mich vielmehr immer energisch gegen derartige Vorschläge Himmlers gewandt.“

Amen überführt Kaltenbrunner
Oberst Amen: „Wenden wir uns jetzt der Aktion gegen das Warschauer Ghetto zu. Von den 400.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto wurden fast alle im Vernichtungslager Treblinka abgeschlachtet. Was hatten Sie damit zu tun? Überhaupt nichts, wie üblich.“

Kaltenbrunner: „Ich weiß nichts über diese Aktion, von der Sie sprechen.“
Oberst Amen: „Ich weiß nichts über diese eidesstattliche Erklärung des Adjutanten des SS- und Polizeiführers Stroob in Warschau, Karl Kaliski,

vor, in der dieser erklärt, an der Aktion gegen das Warschauer Ghetto teilgenommen zu haben. Die SS-Einheit, die er anführte, sei von einigen Leuten der Sicherheitspolizei begleitet gewesen, die das Ghetto gut kannten und die SS führten. Diese Leute hätten mit ihrem Führer, einem Dr. Hahn, direkt Kaltenbrunner unterstanden und hätten den Abtransport vieler Hunderte von Juden auf Anweisung Kaltenbrunners durchgeführt.“

Kaltenbrunner erklärte, diese Darstellung völlig unwahr sei. Der Zeuge sei ein untergeordneter Fortsetzung auf Seite 2

Dachau, 15. April. (DANA) Ein Zwischenfall im Gerichtssaal ereignete sich, als der polnische Jude Iram Sternberg dem Angeklagten, SS-Mann Paul Gullaff, einen gewaltigen Schlag versetzte. Iram Sternberg bezweckte, gesehen zu haben, wie Gullaff zwei Gefangene erschößt. Er wurde daraufhin angefordert, den Angeklagten Gullaff zu identifizieren. Statt nur den Finger auf ihn zu richten, versetzte er ihm einen furchtbaren Schlag gegen die Schulter und sagte: „Steh auf, du Hund!“ Der Zeuge wurde vom Vorsitzenden des Gerichtshofes, General Priddy, sofort streng verwahrt und es wurde ihm verboten, die Angeklagten zu berühren. Als er sich wieder zum Zeugensitz zurückbegeben, sagte er: „Das ist er, der die neue deutsche Kultur in Europa verbreiten will“. Der Zeuge gab dann eine Schilderung, wie verblüffend französische Gefangene versuchten, Gras zu essen, aber von den SS-Wachen in die Baracken zurückgepeitscht wurden. Mit vor Wut blitzenden Augen schrie der Zeuge dann: „Sie haben uns gepeitscht und uns zum Wahnsinn getrieben“. Den Angeklagten Keilwitz identifizierend, sagte er, daß Keilwitz verurteilte Gefangene zwang, gegen ihn zu boxen. Als sie von seinen Schlägen und Fußtritten zusammenbrachen und stöhnend auf der Erde lagen, hat er die Blutenden mit einem mit Blei gefüllten Gummischlauch erschlagen.

Nach der Vernehmung der Zeugen begann die Anklage mit der Verlesung der geschriebenen Erklärungen von 38 Angeklagten. Die erste Erklärung war die des früheren Gauleiters August Eiruber. Eiruber gesteht, daß er an einer Exekution von zehn Gefangenen im Frühjahr 1945 teilgenommen hat. Die Erklärung fährt fort, daß Hitler einen

Separatismus in Reinkultur
Köln, 15. April. (DANA) „Durch eine Abstimmung soll der Weltöffentlichkeit die Meinung der Rheinländer über die Frage der Abtrennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland gezeigt werden“, erklärte der Präsident der rheinischen Volkspartei Dr. Onitz, auf öffentlichen Kundgebungen in Mönchengladbach und Düren. Er begründete seine Forderung damit, daß ein selbständiges Rheinland ein Bollwerk friedlicher Kultur gegenüber jeder seelenlosen aggressiven Massenverwilderung wäre. Für die Abstimmung über das Schicksal des Rheinlandes verlangte Dr. Onitz eine saubere und offene Werbung und Aufklärung, um die seiner Meinung nach ungesunden Wahlkampfmethoden der letzten 30 Jahre auszuschalten.

Befehl zur Ermordung aller unheilbaren Kranken und aller arbeitsunfähigen Gefangenen gegeben hat. Auf Himmlers Befehl hat Eiruber Standgerichte in Oberösterreich eingerichtet und verschiedene Todesurteile persönlich bestätigt.

Im Geständnis des Angeklagten Hans Altfoltsch heißt es u. a.: „Ich erinnere mich, daß ich die Verurteilung von 250 russischen, tschechischen und ungarischen Männern und Frauen durchgeführt habe. Sowohl die Frauen als auch die Männer mußten sich in Gegenwart des SS-Führers entkleiden. Goldfüllungen wurden entfernt, um sie der Rüstungsindustrie zur Verfügung zu stellen. Altfoltsch beschreibt die Hinrichtung einer Gruppe amerikanischer und britischer Offiziere im Frühjahr 1944. Auf Befehl Kaltenbrunners wurden die Offiziere vor der Hinrichtung einer grausamen Marterung unterworfen.“

Der Angeklagte Niedermeyer gibt in seiner Erklärung zu, daß vorsichtige Pläne der Nazis vorhanden gewesen seien, die Gefangenen zu ermorden und zu quälen. „Der Zweck des Mauthausener Lagers war es, die Gefangenen möglichst zu Tode zu arbeiten oder sie umzubringen. Gefangene, die nach Mauthausen kamen, sollten es lebend nicht wieder verlassen.“ Er gesteht weiter, an 400 Hinrichtungen teilgenommen zu haben. „Unter den Hingerichteten befanden sich amerikanische und englische Offiziere und Soldaten.“ Er beschuldigt Eiruber, in betrüblichem Zustand, an Hinrichtungen teilgenommen zu haben und gibt weiter zu, daß er sich an Auspeitschungen beteiligt hat. In der Erklärung wird versichert, daß „alle Führer im Lager Gefangene getötet haben, wenn immer sich eine Gelegenheit dazu bot“.

Aus aller Welt

Washington, Präsident Truman hat den 1. Mai als „Tag für Gesundheit des Kindes“ und den 22. Mai als „Nationalen Flottentag“ bestimmt.

New York. Eleanor Roosevelt, die Witwe des verstorbenen amerikanischen Präsidenten, übergab - wie BBC meldet - vor in und ausländischen Ehrenvätern das Heim des toten Präsidenten und den dazugehörigen Landbesitz, einem Teil des Hyde-Park, dem amerikanischen Volk feierlich als nationale Weisheit.

New York. Der französische Sonderbotschafter Leon Blum wies in seiner Rede, die er vor 1400 geladenen Gästen bei einem Diner im Waldorf-Astoria hielt, darauf hin, daß gegenwärtig zu einer Zusammenarbeit aller Völker nicht nur die moralische Verpflichtung, sondern auch die wirtschaftliche Notwendigkeit bestehe.

Mexiko. Auf der Konferenz der amerikanischen Arbeiterorganisationen trat der Vertreter Perus für die Internationalisierung des Panama-Kanals ein. (DPD)

Ottawa. Emma Weik, eine frühere Angestellte des Außenministeriums, die in die kanadische Spionageaffäre verwickelt war, wurde wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Paris. Der polnische Botschafter in Paris überreichte dem Ministerpräsidenten der spanischen Exilregierung Riral die offizielle Note, worin die polnische Regierung die spanisch-republikanische Exilregierung anerkennt.

Genf. Der argentinische Völkerbundsabgeordnete erklärte laut einer UP-Meldung - in einer Sitzung des Völkerbundes, der demokratische Charakter der letzten argentinischen Wahlen sei ein Unterpfand für die künftige Zusammenarbeit Argentiniens mit den anderen Ländern.

Genf. Ein Untersuchungsausschuß des Völkerbundes beschloß am letzten Freitag, daß mit Ablauf der gegenwärtigen letzten Sitzungsperiode der Völkerbund auflösen soll zu bestehen.

Die Entscheidung muß noch von der Plenarsitzung angenommen werden. Die letzte Sitzungsperiode wird in der kommenden Woche zu Ende gehen.

Wien. Die sowjetrussischen Besatzungsbehörden in Osterreich haben sich bereit erklärt, dem Hilfs- und Wiederaufbauamt der Vereinten Nationen einen für 30 Tage reichenden Lebensmittelvorrat zur Verfügung zu stellen.

Bukarest. Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder in Rumänien sei übereingekommen, ihren Kandidaten nicht zu unterstützen, bei den kommenden Wahlen auf einer gemeinsamen Liste mit den Kommunisten zu erscheinen, erklärte der Vorsitzende der SP Rumänien, Konstantin Petrescu, vor Pressevertretern.

Moskau. Vertreter der sowjetischen und der ungarischen Regierung haben nach einer Rundermeldung ein Abkommen zur Errichtung einer gemischten sowjetisch-ungarischen Gesellschaft getroffen, welche die gemeinsame Erdöl- und Kohlenförderung, Gas-Produktion, Oelraffinerie und den Verkauf von Oelprodukten zum Arbeitsprogramm hat.

Moskau. Der sowjetische Außenminister Molotow empfing den politischen Vertreter Osterreichs in der Sowjetunion, Karl Waldbrunner.

Schanghai. Wegen Hochverrats wurde der von den Japanern in China eingeseetzte „Präsident der Nanking-Regierung“ Chen Kung zum Tode verurteilt. (DPD)

Schanghai. Durch amerikanische Organe zur Verfügung von Kriesspionage wurde sieben ausländische Mitglieder einer deutschen Spionageorganisation verhaftet, darunter Ludwig Ehrhardt alias Eisenträger, der ein persönlicher Freund Hitlers gewesen sein soll. Ein anderer wurde als der Gräberforscher Hodo Habacht identifiziert. Die Organisation zwischen Hindus und Moslems behandelt. Zwei Personen wurden festgenommen.

Bombay. Zu schweren Ausschreitungen kam es in einem Kino von Bombay bei der Aufführung des Films „400 Millionen“, der das Thema der Vereinigung zwischen Hindus und Moslems behandelt. Zwei Personen wurden festgenommen.

Darmstadt, 16. April. (DANA) Einer der engsten Mitarbeiter Martin Bormanns, Oberlandesrat Hans Müller aus Gießen, wurde von der Kriminalpolizei in Darmstadt verhaftet. Müller, der zuletzt in München wohnte, befindet sich zur Zeit in der Darmstädter Haftanstalt.

Frankfurt, 16. April. (DANA) Die Genehmigung zur Bildung von Gewerkschaften auf Länderebene wurde auf einer Konferenz von Vertretern der Militärregierung mit etwa 50 Delegierten von 450.000 Arbeitern in der amerikanischen Besatzungszone am vergangenen Sonntag in Frankfurt durch die amerikanische Militärregierung erteilt. Diese Maßnahme kann als der erste Schritt zum Zusammenschluß der Gewerkschaften auf Zonenbasis betrachtet werden. Die bisher in der amerikanischen Zone vorhandenen 44 Gewerkschaften sollen auf Vorschlag der Delegierten alle Arbeiter in der Zone in 15 Gewerkschaften zusammenfassen.

New York, 16. April. (DANA) Die britische Regierung hat ihren Vertreter beim Weltarbeitsrat angewiesen, eine offene Erörterung der politischen Anschuldigungen gegen Spanien zu unterstützen. Großbritannien sei indessen nach wie vor gegen eine Einmischung der Vereinten Nationen in inner-spanische Angelegenheiten eingestellt.

Tschungking, 16. April. (DPD) Die Hauptstadt der Mandschurei, Tschungking, wurde von den Sowjettruppen geräumt. Nach dem Abzug der sowjetrussischen Truppen zogen sich um Tschungking kommunistische Streitkräfte in Stärke von etwa 30.000 Mann zusammen. Der Flugplatz der Stadt wurde am Sonntag-Morgenstunden zweimal von den Kommunisten angegriffen. Truppen der chinesischen Zentralregierung, die sich auf dem Marsch befinden, werden Ende der Woche in der Hauptstadt der Mandschurei erwartet. Außerdem wird sich ein militärischer Untersuchungsausschuß nach Tschungking begeben, um die Lage in der Mandschurei zu überprüfen. Über die mandschurische Hauptstadt wurde am Sonntag das Kriegsgesetz verhängt und die Zensur über Briefpost, Telegramme und Druckschriften verfügt. Sozialistische Versammlungen wurden verboten.

Klarheit

Von Willy Boepple

Die Flut des Geschriebenen und Gesprochenen wendet sich von Tag zu Tag. Das einzig Tatsächliche scheint dabei das Negative, das mit Zähigkeit Beharrliche ist das Verschwommene. Das Gesagte ist oft die Tarantel des Ungelesenen. Das Brennende Problem der Planung wird einseitig vom grünen Tisch behandelt. Mit dieser Frage in unmittelbarem Zusammenhang stehend fordert die Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht in der Produktionsgestaltung und -Lenkung, sowie eine Preis- und Abzählkontrolle. Diese klare und konkrete Formulierung bezeichnen Männer, die heute, ohne durch freie Wahl bestärkt zu sein, an verantwortlicher Stelle stehen, als Kriegskommunisten und lehnen diese fortschrittliche und eindeutige Lösung ab.

Die gleichen Interpreten bedienen sich jedoch nach wie vor hauptsächlich der Publizistik einer Sprache, die in entschiedenem Gegensatz zu ihrer sachlichen Meinung steht. Während man einerseits hinsichtlich der Währungs- und Preisfrage beruhigende Erklärungen gibt, fordert man andererseits Erhöhung der Preise, um gegenüber der un- ausweichlichen Lohnerbhöhung einen Ausgleich zu finden. Die dadurch ausgelöste Entwicklung würde zwangsläufig jene Schraube ohne Ende ansetzen, die wir aus bitterer Erfahrung als urförmliche Inflation schon einmal zu verspüren Gelegenheit hatten.

Planung und Währung stehen in einem unlöslichen Zusammenhang. Eine wirkliche Planung kann aber nur von unten wachsen aus dem einzelnen Betrieb, aus den einzelnen Gemeinden und hat dann im Landesmaßstab ihre organisatorische Zusammenfassung zu finden. Sie entspricht den Volksinteressen, wenn die Keimzellen der Planung, die Betriebe und Selbstverwaltungsorgane wirklich demokratisiert, das heißt von nazistischen und reaktionären Kräften gereinigt und von den von Vertrauen der werktätigen Massen getragenen, entsprechend dem politisch-ökonomischen Gewicht dieser Massen zahlenmäßig besetzt sind. Das ist der Weg und die Methode, welche das Volk in seiner Gesamtheit in den Wiederaufbau einbindet.

Wir sind der Auffassung, daß die Beschlüsse von Potsdam die reale politisch-wirtschaftliche Basis sind, von der wir bei unseren Bemühungen auszugehen haben. Diese Beschlüsse lassen überhaupt keinen Zweifel darüber zu, daß allen Ländern zugeordnet nur Pflicht gemacht ist, jede Planung, jede Maßnahme ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Reichsganzen, der Reichseinheit vorzunehmen. Es ist also nicht so, daß es sich um eine für die Landesregierung mehr oder weniger unverbindliche Abmachung der Siegermächte „unter sich“ handelt (welche Formulierung wir zu unserem Erstaunen und Befremden kürzlich aus ministerieller Munde vernahmen mußten), sondern um ein eindeutiges verbindliches festgesetztes Ziel. Wenn von der Dauer der Besetzungzeit die Rede ist, so wird damit zweifelsfrei gesagt, daß wir bis zum Zeitpunkt des Freiwerdens die wirtschaftliche Einheit entweder selbst zu verwirklichen imstande sind, oder daß wir darauf verzichten. Die Freude namhafter Stellen über die Möglichkeit der Rückkehr von Bahn und Post unter die Oberhoheit der Länder ist nicht deutlich in Erinnerung. Derartige Kundgebungen tragen nicht zu einer Stärkung unseres Verantwortungsbewußtseins bei, das die Bestrebungen zu künftiger politischer und wirtschaftlicher Einheit Deutschlands in besten Händen seien. Um so erfreulicher scheint uns die anlässlich der Zweizeitsitzung in Stuttgart abgegebene Erklärung als Bekenntnis zur künftigen Einheit Deutschlands.

Die vorläufige Festlegung der zukünftigen deutschen Industriekapazität zeigt mit ungenügender Härte, mit welchem Minimum wir absehbarer Zeit auskommen können. Wenn wir auch alle hoffen, daß das letzte Wort in dieser Hinsicht nicht gesprochen ist, so sind jedoch Tatsachen geschaffen, deren unerbittliche Realität der Faktor in unserer Rechnung zu sein hat. Es kann da überhaupt nichts anderes geben, als einen bedingungslosen Zusammenschluß, als ein alle Möglichkeiten ausschöpfendes Zusammenfassen der Kräfte, ohne wenn und ohne aber. Wir dürfen dabei weniger um den Verlust der Kapazität auf bestimmten Produktionsgebieten trauern, deren Zukunft — abgesehen von der Unterbindung jeglicher Kriegproduktion — noch keineswegs fest umrissen ist. Wir müssen vielmehr die Gelegenheit wahrnehmen, unsere Friedensindustrie, ausgerichtet auf alle Chancen ausdehnende Bedarfswirtschaft, bis zum höchsten Wirkungsgrad auszubauen. Wenn die zur Zeit verantwortlichen Männer diesen Weg vorbereiten, können sie auf bedingungslose Zustimmung der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes rechnen.

Die politische Einheit des Reiches ist nicht minder eine Lebensfrage. Formulieren wir „Wir müssen mit dem Problem Württemberg-Baden besser fertig werden“, lösen Befremden aus. Gibt es ein solches Problem wirklich? Besteht es nicht lediglich in Köpfen und Willen, die dieses künstlich genährt, die eines großartigen Denkens anscheinend nicht fähig sind? Scheint es nicht, als ob immer und überall für kleine partikularistische Eigenbrötler ein Hintertürchen offen bleiben müsse? Was ist der Unterschied zwischen zweideutigem und unweideutigem Föderalismus? Es gibt nur eine Lösung: Deutschlands völlige, ungeteilte Einheit bei freier Entfaltung der Gemeinden. Was heißt das? Ein Föderalismus, der auf das Reich zurücktreibt, was hindert an vorbehaltloser Anerkennung der zentralistischen Lösung?

Sollte etwa die Entwicklung im Osten Deutschlands der neuralgische Punkt sein, mit welchem in allzu enge Berührung zu kommen man vermeiden möchte? Fürchtet man etwa, daß der dort unzufriedenheit sich ergebende Vorsprung in Sozialisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung von Staat und Wirtschaft den übrigen Reichsteilen als Vorbild dienen könnte? Bestehen Bedenken, daß die Masse des Volkes nach den Ursachen dieser Verschiedenheit forschen könnte, unerschrocken der „bedrohlichen“ Bedingungen, unter denen dieser Vorsprung sich vollzieht? In einem solchen Falle würde natürlich die „Nichtentmündigung“ der Länder Reservate schaffen, welche das Schalten und Walten nach eigenen „besonderen“ Gesichtspunkten und Interessen ermöglichen könnten. Freiheit der Bundesstaaten in Bezug auf das Reichszwang ist nicht gleichbedeutend mit Garantie der Freiheit der Bürger innerhalb derselben. Das verlockende, heiß ersehnte Ziel aller guten Deutschen ist ein geeintes Europa. Seien wir sehr auf der Hut, daß sich nicht Männer zu Taufpaten dieses künftigen Europas erheben, die mit dem verderblichen Gedanken einer einseitigen Wert-Orientierung hiebloseln. Wir können dem die Früchte einer an der Perspektive eines Pfahlbürgerhorizontes geführten Politik vorläufig nur unsere Wünsche auf dieses Fernziel richten. Aber einmal wird es doch so weit sein. Können wir erwarten, als vollwertiges Familienmitglied aufgenommen zu werden, solange wir hysterische, württemberg-badische, preussische, heussische und rheinische Komplexe mit uns herum-schleppen?

Es tut not, daß wir eine klare Sprache sprechen. Es tut not, daß wir die Dinge so aussprechen, wie wir sie wirklich meinen. Klarheit schafft immer Möglichkeiten. Verschwoemungen und unverbindliche Allgemeinplätze sind Feinde einer freien Meinungsbildung und einer positiven Arbeit.

Gesetzentwurf zur Bodenreform

Stuttgart, 15. April. (DANA). Der Unterausschuß des Landrätes für Bodenreform wird, wie Vertreter dieses Ausschusses mitteilen, in der nächsten Landrätsitzung am 6. Mai den Entwurf eines Gesetzes zur Bodenreform einbringen.

Nürnberger Prozeß

Die Ermordung alliierter Flieger

Fortsetzung von Seite 1
neter SS-Mann, der nichts von den Befehlsverhältnissen in der Sicherheitspolizei verstehe, sonst müßte er gewußt haben, daß Kaltenbrunner mit diesen Dingen überhaupt nichts zu tun gehabt habe.
Oberst Amen: „Glauben Sie, daß der SS- und Polizeiführer Strob etwas versteht?“
Kaltenbrunner: „Ja, der müßte eigentlich darüber Bescheid wissen. Er würde Ihnen sofort bestätigen können, daß ich mit dem Warschauer Ghetto zur nichts zu tun haben konnte.“
Amen: „Dann sollten wir mal sehen, was Strob zu sagen hat. Wir haben hier eine eidesstattliche Erklärung von ihm.“

Die Erklärung Strobs, die der amerikanische Ankläger dann verlas, bestätigte die Aussagen Kalasch, daß die Kommandos der Sicherheitspolizei in Warschau Kaltenbrunner direkt unterstanden. Diese Kommandos hätten die Aufsicht über die von der SS zusammengetriebenen Juden ausgeübt und deren Abtransport in das Lazer Lublin geleitet. Sämtliche Exekutionen in Warschau seien von Kaltenbrunner angeordnet und von den genannten Kommandos durchgeführt worden. Kaltenbrunner behauptete auch hier: „Diese Erklärung ist völlig unwahr. Die Aktion gegen das Warschauer Ghetto lag überhaupt nicht in meinem Befehlsbereich.“
Oberst Amen befragte den Angeklagten nun über den Befehl Himmlers, der das Lynchende alliierter Flieger durch die deutsche Zivilbevölkerung für strafbar und wünschenswert erklärte. Er fragte: „Haben Sie diesen Befehl erkannt und weitergegeben?“
Kaltenbrunner: „Niemand habe ich einen solchen Befehl weitergegeben, der meiner ganzen Rechtsauffassung widerspricht. Ich habe mich vielmehr immer energisch gegen derartige Vorschläge Himmlers gewandt.“
Oberst Amen: „Dann möchte ich Ihnen gerne diesen Brief, den Sie selbst unterzeichnet haben, vorlesen.“ Zu mündlichen Bekanntheit und alle Befehlsstellen der Sicherheitspolizei und SD und an die Befehlsstellen der Ordnungspolizei:

„Betr.: Behandlung abgepresener Feindflieger. Eine Reihe von Fragen bezüglich der Behandlung abgepresener Feindflieger bedürfen der Klarstellung: „Abgepresene oder notzulandete Feindflieger sind nach ihrer Festnahme grundsätzlich zu festsetzen. Diese Maßnahme ist erforderlich, von der zuständigen Stelle des OKW ausdrücklich gebilligt. Feindliche Flugzeugbesatzungen, die ihrer Festnahme Widerstand entgegenzusetzen, oder irgendwelche Zivilkleidungsstücke tragen, sind sofort am Orte ihrer Festnahme zu erschließen.“

Es ist nicht Aufgabe der Polizei, sich in Auseinandersetzungen zwischen deutschen Volksgenossen und abgepresenen Feindfliegern einzumischen. Dagegen hat der Reichsführer SS folgende Maßnahmen gegen Volksgenossen befohlen, die sich böswillig, oder aus falsch verstandenem Mitleid abgepresenen Feindfliegern gegenüber würdevoll verhalten und nicht den geringsten Abstand wahren: Diese sind in schweren Fällen in ein KZ zu verbringen, in leichteren Fällen ist Schutzhaft nicht über 14 Tagen anzuwenden.“
zeichnet: Kaltenbrunner.“

„Wollen Sie ablesen, daß Sie das unterschrieben haben?“ fragte der Ankläger.
Kaltenbrunner: „Mir wurde dieser Befehl niemals vorgelesen, für was Art 44 sind.“
Amen: „Sie leugnen also dieses Dokument, wie alle die anderen ab?“

Kaltenbrunner: „In gewisser Hinsicht muß ich ein Verschulden treffen, weil ich nicht mehr darauf geachtet habe, welche Befehle unter meinem Namen herausgingen, von diesem Befehl habe ich aber be-

stimmt nichts gewußt, denn er widerstrebt meiner gesamten inneren Einstellung.“
Amen: „Ich frage Sie nicht nach Ihrer inneren Einstellung, sondern, ob Sie Ihren Namen unter diesen Brief geschrieben haben?“
Nachdem Kaltenbrunner diese Frage nochmals verneinend hatte, verzichtete sich das Gericht auf Samstagsmorgen.

Kaltenbrunner gab in der Samstagvormittags-Sitzung zum ersten Mal zu, ein ihm belastendes Dokument unterschrieben zu haben. Gleichzeitig will er aber von dem Inhalt dieses Dokuments nichts gewußt haben.
Oberst Amen las den von Kaltenbrunner an das OKW geschriebenen Brief vom Januar 1945 vor, in dem von Himmler beauftragt, „Kommando-befehl“ und zwei weiteren Befehlen Himmlers die Rede ist. Der Angeklagte gab zu, diesen Brief unterschrieben zu haben, aber die Befehle selbst seien ihm unbekannt gewesen.

In der Angelegenheit der 50 ermordeten englischen Flieger fragte Oberst Amen Kaltenbrunner, was nun richtig sei, in der Voruntersuchung hätte er gesagt, er habe von dieser Angelegenheit überhaupt nichts gewußt. Kaltenbrunner erwiderte: „In der Voruntersuchung war von 80 Fliegern die Rede. Ich hörte damals aber nur von 50.“ Der Angeklagte erklärte, von dem Inhalt der zwei Berichte des ehemaligen Chefs der Ordnungspolizei, SS-Ober-

gruppenführer Heydrich, über Judenerschüsse im Osten und Zahlen über die bereits vernichteten Juden, die an alle höheren Polizeistufen, also auch an Kaltenbrunner gerichtet wurden, keine Kenntnis zu haben.
Nach Oberst Amen nahm der sowjetische Ankläger, Oberst Smirnov, Kaltenbrunner ins Kreuzverhör. Der Angeklagte wiederholte seine zentrale Behauptung, er habe mit den Vorfällen in den besetzten Gebieten nichts zu tun gehabt, da die dort zuständigen höheren SS- und Polizeiführer dem direkten Befehl Himmlers unterstanden hätten. Oberst Smirnov legte dem Angeklagten einen Auszug aus den Tatabchlägern des Angeklagten Frank vor, woraus hervorgeht, daß Krüger, der Führer der SS und Polizei im Generalgouvernement, Bericht erstattet habe. Der Angeklagte bestritt nicht, daß Krüger ihm als direkten Vorgesetzten ansah, sondern erklärte, er sei damals „das erste und einzige Mal“ im Generalgouvernement gewesen und habe sich mit Himmler immer gegen die Judenverfolgung eingesetzt.

Abschließend fragte Smirnov, ob Kaltenbrunner jemals eine Million Bestechungsgelder zur Beeinflussung der Wahlen zur Verfügung gestellt habe. Kaltenbrunner erklärte, sich nicht genau erinnern zu können, doch sei es zum möglich. Er habe jedenfalls Agenten im Iran und auch reichlich Geldmittel zur Verfügung gehabt.

Die Mitbestimmung in den Betrieben

Ein Vorschlag von Wilhelm Beisel

Die Gewerkschaften haben und erhalten ihre größte Bedeutung und Aufgabe in der gegenwärtigen Zeit. Die Gewerkschaftsleistungen sind zum großen Teil gegenwärtig nicht in der Lage, durch ihr Personal den neuen Aufgaben zu entsprechen. Selbst Gewerkschaftler alter Schule stehen hier vor Problemen, die persönlich zu meistern sie sich nicht überall zutrauen.

Der Neuaufbau der Deutschen Wirtschaft gibt sich die beste Gelegenheit, gleich zu Beginn entscheidend und richtig zu handeln. Experimente darf es keine geben.

Diese Kräfte zwingen zur Ueberlegung, wie man die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft fördern kann, und wenn man diese Aufgabe überträgt. Dazu folgende Vorschläge:
Die Betriebsräte sind auf die Mitbestimmung bei Einstellungs-, Entlassungs-, Regelung der Betriebsordnungen usw. zu beschränken. Zur Mitbestimmung über Produktion und Wirtschaftsvorgang setzen die Gewerkschaften, nach Fahrplänen geordnet, Besatzungslisten, die gleichzeitig als Beiräte für die Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern fungieren und in den Betrieben direkt und gemeinsam mit den dortigen Betriebsrätern arbeiten, die aber in der Mitbestimmung alleiniges Mandat besitzen. Diese Besatzungslisten sollen grundsätzlich Volkswirtschaftler sein, die im Dienste der Gewerkschaften verpflichtet sind und ausschließlich die Interessen der Schaffenden wahrnehmen müssen. Die Betriebsräte selbst haben die Rolle von Mittelsmännern, von Beobachtern zu übernehmen. Beide, Betriebsräte und Besatzungslisten, unterstehen den Gewerkschaften, die als oberste Instanz anzusprechen sind. Wenn einmal durch Gewerkschaftsschulen geeignete Kräfte bereitgestellt, können die Volkswirtschaftler aus den Reihen der Gewerkschaften selbst geholt werden.

So wichtig das Streben nach sozialen Arbeits- und Lohnbedingungen der Schaffenden und ist, es darf nicht die ungeheuren Aufgaben überschatten, die gesamte Wirtschaftsordnung neu zu formen und sie zum Ziele zu führen, daß einmal eine vollendete Wirtschaftsordnung sein wird, bei der das übrige, die Schaffung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen, leicht hinzupassen wird.

hervorzubringen, die in der Lage sind, in den Einzelbetrieben mitzubestimmen.
Die Gewerkschaftsleistungen sind zum großen Teil gegenwärtig nicht in der Lage, durch ihr Personal den neuen Aufgaben zu entsprechen. Selbst Gewerkschaftler alter Schule stehen hier vor Problemen, die persönlich zu meistern sie sich nicht überall zutrauen.

Der Neuaufbau der Deutschen Wirtschaft gibt sich die beste Gelegenheit, gleich zu Beginn entscheidend und richtig zu handeln. Experimente darf es keine geben.

Diese Kräfte zwingen zur Ueberlegung, wie man die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft fördern kann, und wenn man diese Aufgabe überträgt. Dazu folgende Vorschläge:
Die Betriebsräte sind auf die Mitbestimmung bei Einstellungs-, Entlassungs-, Regelung der Betriebsordnungen usw. zu beschränken. Zur Mitbestimmung über Produktion und Wirtschaftsvorgang setzen die Gewerkschaften, nach Fahrplänen geordnet, Besatzungslisten, die gleichzeitig als Beiräte für die Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern fungieren und in den Betrieben direkt und gemeinsam mit den dortigen Betriebsrätern arbeiten, die aber in der Mitbestimmung alleiniges Mandat besitzen. Diese Besatzungslisten sollen grundsätzlich Volkswirtschaftler sein, die im Dienste der Gewerkschaften verpflichtet sind und ausschließlich die Interessen der Schaffenden wahrnehmen müssen. Die Betriebsräte selbst haben die Rolle von Mittelsmännern, von Beobachtern zu übernehmen. Beide, Betriebsräte und Besatzungslisten, unterstehen den Gewerkschaften, die als oberste Instanz anzusprechen sind. Wenn einmal durch Gewerkschaftsschulen geeignete Kräfte bereitgestellt, können die Volkswirtschaftler aus den Reihen der Gewerkschaften selbst geholt werden.

So wichtig das Streben nach sozialen Arbeits- und Lohnbedingungen der Schaffenden und ist, es darf nicht die ungeheuren Aufgaben überschatten, die gesamte Wirtschaftsordnung neu zu formen und sie zum Ziele zu führen, daß einmal eine vollendete Wirtschaftsordnung sein wird, bei der das übrige, die Schaffung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen, leicht hinzupassen wird.

6 Fragen an das Arbeitsamt Karlsruhe

Interview mit dem Leiter des Arbeitsamtes

1. „Welchen Eindruck hat auf Sie die Betriebsrats-Versammlung am 9. 4. 46 in Karlsruhe gemacht?“
Die Kundgebung hat einen ausgezeichneten Eindruck auf mich gemacht. Die große Disziplin war zu bewundern.
2. „Wie stehen Sie zu den in der Versammlung aufgestellten Forderungen?“
Die Forderungen bestehen zu Recht. Das Lohnniveau des Arbeiters ist sehr tief. Die Angleichung der Bauarbeiterlöhne, die vom ADGB mit großer Unterstützung des Arbeitsamtes erreicht wurde, wird illusorisch durch Fahrpreiserhöhung und neue Steuern. Durch die Lebensmittelpreiserhöhung wird die Arbeitelust nicht gehoben. Die Forderung nach Berufskleidung und Arbeits-schuhen ist sehr berechtigt.

3. „Glauben Sie, daß die Militärregierung diesen Forderungen zusätzlich sein wird?“
Ich nehme bestimmt an, daß der Arbeits-offizier, Herr Lt. Lawson, den berechtigten Wünschen zugänglich ist und bei den zuständigen militärischen Stellen für Abhilfe eintritt.
4. „In welcher Form schaltet sich hierbei das Arbeitsamt ein?“

Ich habe ihm bereits folgende Vorschläge schriftlich unterbreitet mit der Bitte um seine Hilfe: Aufhebung der Lebensmittelkarten für die mit schwerer Arbeit Beschäftigten. Aufhebung der Fahrpreiserhöhungen für Arbeiter von und zur Arbeitsstelle. Aufhebung der neu eingeführten Steuern bis zu einem Monats-einkommen von 250 RM. Die in Frage kommenden Textilfirmen (Spinnereien, Webereien, Kon-fektionsfabriken usw.) sind anzuweisen, die zu er-wartende amerikanische Baumwolle ausschließlich für Berufskleidung wie Kombinationen, blaue Schutzanzüge und Berufskleidung für Maurer, Gipser, Maler usw. zu verwenden.“
5. „Sind Sie, Herr K o n z, politisch organisiert?“

„Jawohl, ich bin seit 1919 politisch organisiert, und zwar bei der SPD.“
6. „Sind Sie Mitglied der 'Gewerkschaft'?“
Natürlich bin ich auch in der Gewerkschaft. Ich wurde von der amerikanischen Militärregierung mit Herrn Bürgermeister Heurich und Herrn Stadtrat Deek beauftragt, den ADGB zu gründen.“

Die Kreistagswahlen
Stuttgart, 15. April. (DANA). In Württemberg-Baden werden bei den zweiten freien Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone am 28. April in 28 Landkreisen die Vertreter der Kreistage gewählt. Am gleichen Tage werden in Göppingen, Heidenheim, Schwäbisch-Gmünd, Eblingen und Ludwigsburg Gemeinderäte gewählt.

In Baden müssen die aufgestellten Kandidaten nach der Wahl bei der Militärregierung Fragebogen zur Überprüfung abgeben, während in Württemberg die Fragebogen erst von den gewählten Kandidaten nach der Wahl vorgelegt zu werden brauchen. Falls sich unter den gewählten Kandidaten einige befinden sollten, die nach Ansicht der örtlichen Behörde nicht „frei von der Nazi-Ideologie“ sind, können diese eine vorherige Einreichung von Fragebogen verlangen und die Kandidaten ablehnen.
Bis zum 15. April, 5.00 Uhr, müssen die Kandidaten für die Wahlen am 28. April namhaft gemacht werden.

Meldebogenabgabe erst 15. Mai
Wiesbaden, 15. April. (DANA). Der Abgabetermin für den Meldebogen, der nach den Durchführungsverordnungen des Säuberungsgesetzes auf den Beginn der 88. Zuteilungsperiode, den 28. April, festzusetzen war, ist, wie das großhessische Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung mitteilt, auf den 15. Mai verschoben worden.

Gewerkschaftsvorschläge zur Währungsreform

Frankfurt, 15. April. (DANA). Der Entwurf der Gewerkschaften für einen gemeinsamen Vorschlag der Industrie-, Handels- und Handwerkskammern in Großhessen und des freien deutschen Gewerkschaftsbundes Frankfurt am Main an die Militärregierung zur Ordnung der deutschen Währung liegt vor.

Der Entwurf wird anstelle einer Wertverminderung der gegenwärtigen Währungs einheit, deren Einwirkungen auf den größten Teil der Bevölkerung als ungerecht bezeichnet werden, die Blockierung aller umlaufenden Geldnoten sowie aller Giroguthaben bei gleichzeitiger Ungültigkeitserklärung aller nicht bei den Banken eingekassierten Noten vorgeschlagen. Einzelzahlungen sollen unangesehen werden, wobei ein kleiner Betrag zur Auszahlung gelangen soll.
An diesen blockierten Konten soll der laufende Geldbedarf der Betriebe zur Lohnzahlung und zum Einkauf von Rohstoffen und Betriebsmitteln nach Genehmigung der Behörden solange erfolgen, bis neue geschaffene Konten für derartige Zahlungen in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Verbindlichkeiten, die vor dem Blockierungstages entstanden sind, können durch Ueberweisung von Altkonten zu Altkonten gedeckt werden. Unbeschäftigten sollen Abhebungen in geringer Höhe von ihrem blockierten Konto gestattet werden.
Weiter wird der Wunsch ausgesprochen, die umlaufenden Besatzungsgeldnoten, die einer Regelung des deutschen Geldwesens entgegenstehen, einzuziehen und durch deutsche Geldscheine zu ersetzen.

Zur Beseitigung der Kaufkraftüberschüsse und zum Ausgleich der zu tragenden Lasten soll eine hohe progressive Vermögensabgabe erhoben werden.

Aus den Zonen

DANA funkt:
Amerikanische Zone:
München, Wie das Pressesamt der bayerischen Staatskanzlei bekannt gibt, ist laut Ministersbeschluss der 1. Mai zum Feiertag erklärt worden.
Regensburg, Auf Anordnung der Militärregierung wurden in Niederbayern und der Oberpfalz die „Bayerische Dolmetscherschule“, die ihren Lehrbetrieb in ganzen Regierungsbezirk unterhalten hatte, politisch geschlossen. Die Schule war ohne Lizenz geführt worden und beschäftigte früher aktiv Nazis.

Britische Zone:
Kiel, Auf einer Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die am 11. April in Kiel stattfand, wurde Dr. Husfeld — CDU — als Kiel einzeln zum Präsidenten des Landtages gewählt.

Mit Wirkung vom 1. April 1948 wurde auf Anordnung der alliierten Kommandantur von Berlin die Steuer zur Finanzierung des Wiederaufbaus von Berlin aufgehoben. Diese Steuer wurde seit dem 1. August vorigen Jahres erhoben und diente dem Wiederaufbau der öffentlichen Gebäude in Berlin. Sie betrug 50 bis 63 Prozent aller Pacht-einnahmen.

Roosevelt-Gedenkfleier im Länderrat

Stuttgart. Eine Gedenkfleier zum Todestag des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt fand im Länderrat in Stuttgart statt. An der Gedenkfleier nahmen außer zahlreichen geladenen Gästen viele Minister des Landes Württemberg-Baden, Vertreter des öffentlichen Lebens, der Politik, der Wirtschaft, des sozialen und kulturellen Lebens Stuttgarts teil. Unter den amerikanischen Gästen befanden sich Vertreter der Militärregierung Württemberg-Baden, der Stadt Stuttgart, der amerikanischen Generalkonsulats und des Coordinating Office.

Frankreich und die Ruhrkohle

Essen, 15. April. (DANA). Auf der am 12. d. Mts. eröffneten britisch-französischen Tagung über die künftige Verteilung der Ruhrkohle erklärte nach einer BBC-Meldung — der Chef des britischen Kontrollamtes für Deutschland und Oesterreich, Staatsminister Hyde, daß Frankreich angesichts der schwierigen Lage Deutschlands kann auf erhöhte Lieferungen von Ruhrkohle rechnen könne. Er sei der Ansicht, daß die Auswirkungen der katastrophalen Weltvertragslage auf die Ruhrkohlenförderung nicht in voller Tragweite verstanden werde. Obwohl Großbritannien die Wichtigkeit der Ruhrkohle für Frankreichs Wirtschaft anerkenne, habe man in England nicht die Absicht, an Deutschland gewissermaßen Reparationslieferungen zu leisten, wenn es sich vermeiden lassen. Gerade diese Notwendigkeit würde aber eintreten, wenn man Lebensmittel nach Deutschland exportieren müsse, um eine höhere Kohlenförderung zu erreichen.
In der Schlußsitzung der Konferenz stellten beide Delegationen die Notwendigkeit einer Erhöhung der Ruhrkohleförderung fest und vereinbarten eine Reihe von Punkten, die sich auf die Verteilung der Kohle beziehen. So wies der britische Delegationsführer John B. Hyde darauf hin, daß der Bedarf Frankreichs und der anderen befreiten Länder nur dann erfüllt werden könne, wenn eine Mindestzuteilung an die deutsche Industrie, von denen der Ruhrkohle abhänge, erfolge. Andernfalls sei nicht einmal damit zu rechnen, daß die Förderung auf ihrem jetzigen Stand gehalten werde. Infolge der Weltknappheit an Lebensmittel müsse man die deutsche Lebensmittelproduktion auf ein Höchstmaß steigern und dies

Das freie Wort

Herr Ehret aus Karlsruhe schreibt erläuternd:
Viel umstritten ist das von den Nazis erlassene Reichserbhofengesetz. Voraussetzung für die Zuweisung eines Erbhofes war nicht nur die Bauernfähigkeit, sondern in erster Linie die politische Zuverlässigkeit. Letztere war in der Regel durch die Mitgliedschaft der Partei verbunden. Einzelfällen ist die politische Zuverlässigkeit nach durch sonstige Leistungen erlangt worden. Landzuweisung erfolgte durch die Gemeinden, die Siedlungsbank, Wohn- und Stallgebäude wurden sofort errichtet und totes und lebendes Inventar beschafft.

Die aus der Kriegsfangenschaft heimkehrenden Landwirte sind wegen dieser zu Lasten der Gemeinden errichteten Erbhöfe erobot und fühlen sich stark benachteiligt, weil kein Pacht- und Werdung mehr zu erhalten ist. Während sie jahrelang Soldat waren, ihre Gesundheit opfernden und weise durch Fliegerbeschaden hohe Verluste in der Wirtschaft haben, sind diese Kriegserbhofbesitzer die zum Teil reich und reichlich gewordenen. Hier wird einseitig die Erbhöfe ausgenutzt, während die Arbeiterkräfte noch das Kriegsverdienstkreuz erhalten. Die Arbeiterkräfte hatten die Kriegsfangenschaft sowie billigen Zivilarbeiter und Mädels aus Polen auszusummen verstanden. Die Erbhöfe sind teilweise schuldenfrei. Sie nennen heute ein Betriebsvermögen von etwa 50 000 Mk. ihr eigen. Im allgemeinen haben die Erbhöfe in der Kriegszeit entsprechend der Größe des Besites Brotgetreide zu dreinhalb bis viermal so viel geerntet, während die Wirtschaftswirtschaftler heute, während sie in der Kriegszeit die Erbhöfe ausgenutzt, während die Arbeiterkräfte noch das Kriegsverdienstkreuz erhalten, was sie sich für Haus, Hof und persönlich anschaffen wollten.

Eine andere Gruppe sind die Gemüsehändler, die sich aus Gründen der Versorgung der Bevölkerung u. k. stellen ließen. Während sie früher teilweise mit dem Handwagen das Gemüse holten, besitzen sie heute mehrere Autos, Grundstücke, Villen und Betriebskapital bis zu 100 000 Mk. Durch die Verbindungen mit den beherrschenden Stellen war ihnen alles ermöglicht.
Die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, diese Kriegsgewinner unter das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Lu. N. 1) fallen, oder daß sonstige ein zerebriales Ausgleich geschaffen wird.

Stimme der Parteien

„Die Union antwortet“

so heißt eine bemerkenswerte Broschüre ihres Vorsitzenden von Nordbaden, Bürgermeister Fr. Harich. Bemerkenswert aus zwei Gründen:
1. In kurzen, knappen Sätzen werden wichtige Grundlagen der CDU herausgestellt. Unanstandslos klar und wahr, sichtbar von hoher Warte, zu Verstand und Herzen der deutschen Menschen eindringlich sprechend, gelangt es dem Verfasser, den Bauer und dem Arbeiter, dem Angestellten, dem Beamten, dem Träger von Wirtschaft und Kultur zu zeigen, was not tut.
2. In der ruhigen Art des auf der festen Grundlage praktischer Christentums stehenden, bewährten demokratischen Vorkämpfers sind die Aussagen und Unterstellungen einiger mit großer Vornehmheit und Sachlichkeit widerlegt. Man könnte wünschen, daß diese Art des politischen Kampfes Allgemeines in neuen demokratischen Brandstücken in Deutschland wird.

„Der Brückenschlag ist gelungen“: Die unangelegene Trennung des christlichen Volkes, aus dem nicht christliche Kreise immer den größten Nutzen ziehen, ist in politisch-praktischen Lebensüberwinden. Die Wahlen auf dem Lande haben den Willen dieses Volksteiles bekräftigt. Die CDU aber läßt sich nicht treffend kennzeichnen als die drei Wurzeln, die den Kern der Broschüre ausmachen und in ihrer Klarheit den Mut und den soliden Charakter der CDU beweisen: deutsch, christlich und sozial.
Gleichgeordnet stehen diese drei Grundzüge nebeneinander, als ein Fanal für die Jugend und als ihr höchstes Ideal, ein Appell zur Umkehr um Heilmärkte für die Verirrten, Verblendeten, aber auch für die „Verführer“ der letzten zwölf Jahre und eine Sammlung und Selbstbestimmung endlich für die drei alten christlich-demokratischen Grundsäulen: treue gebildeten Männer und Frauen, die deutschen Volke.
Hohes Verantwortungsbewußtsein stellt leitend offensichtlich den Verfasser der Broschüre auch bei der Art seiner Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. So wird sein Aufruf an die Wählerschaft der Städte und seine Mahnung an andere Parteien, sauber und ehrlich auch im Wahlkampf um die Wahlen zu kämpfen, als „Anders“ zu bleiben, von allen verstanden werden, die den guten Willen zum Aufbau und zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien haben. Dieser Appell aber zu einem „fair play“ auch als Grundsatz der politischen Spielregeln, scheint heute am gerade am Anfang einer hoffentlich auch in dieser Beziehung besseren demokratischen Zukunft Deutschlands recht notwendig zu sein.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet

Berlin, 15. April. (DANA). Die Vereinigung von SPD und KPD im Bezirk Berlin zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde am 14. d. Mts. auf einer gemeinsamen Konferenz der beiden Parteien einstimmig vollzogen. Diese neue Partei sei, wie alle Redner betonten, eine deutsche Partei, die in ihrem Land für den Frieden der Welt kämpfe, und deren Bestand für die Wiederaufbau Deutschlands unerlässlich sei. Der stellvertretende Berlin-Bezirksleiter, Herr O. Lopp bezeichnete die Konferenz als das größte geschichtliche Ereignis der Berliner Arbeiterklasse.
Die jetzt geschaffene Vereinigung stelle den Anfang und nicht das Ende einer Entwicklung dar, betonte Wilhelm Pieck vom Zentralkomitee der KPD. Die Frage der Sozialismus sei noch keine Gegenwartsfrage, die Voraussetzungen dafür müßten noch geschaffen werden.

Otto Grotewohl vom Zentralschaub des SPD bezeugte, daß ein Teil der Berliner Arbeiterklasse der Welt ein so unwürdiges Schauspiel geliefert habe. „Jetzt aber“, sagte er, „ist der Streit vorbei. Die Stimme der wahren Sozialisten hat gestern gesprochen, und wir werden der Welt zeigen, über welche politische Riffe die Berliner Arbeiterschaft verfügt. Auch im Westen Deutschlands werde sich die Einsicht Bahn brechen, daß neue Partei werde nicht an der Elbe halt machen.“
Alle Redner waren sich darüber einig, daß es darauf ankomme, nun zu zeigen, was geleistet werden könne. Zuerst aber werde der Wille zur Einheit und zum Sozialismus in der Partei zum Ausdruck gebracht werden, einer „Marschkundgebung, wie sie Berlin und die deutsche Arbeiterbewegung noch nie gesehen habe.“

Attlee an Truman

London, 15. April. (AP). Der britische Premierminister Clement Attlee überbrachte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten am Freitag eine Botschaft, in der er heißt:
„Gelegentlich des ersten Todestages Präsident Roosevelts beugen wir in diesem Lande die Gedanken an einen Großen, dessen weise und voranschauende Leitung soviel zum Sieg der vereinten Nationen beigetragen hat. In demselben Geiste, den er uns eingegeben hat, werden wir fortfahren, mit ganzem Herzen im Kreise aller vereinten Nationen am Wiederaufbau und an der Erreichung der Weltfrieden zu arbeiten, die uns liegt.“

Pan-amerikanische Woche

Washington, 15. April. (DANA-Sonderdienst) Die 21. Republik des amerikanischen Kontinents feiern von 14. bis 20. April zur Erinnerung an die Gründung der pan-amerikanischen Union am 14. April 1890 die „pan-amerikanische Woche“.

